

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Nach dem Tode Stalins

Das überraschendste Phänomen nach dem Tode Stalins ist die Verschrumpfung seines Nachruhms. Wer hätte sich zu seinen Lebzeiten vorgestellt, wie schnell die Berufung auf seine Unfehlbarkeit in der Presse seiner Partei auf immer bescheidenere Maße reduziert werden würde. Und so steht eine Berichterstattung und Diskussion, die, da sie auf Zeitschriften, darunter so vielen Monatsheften, beruhend, notgedrungen in Distanz dem Ereignis folgen muß, vor der Zweifelsfrage, ob diese Nachlese nicht

schon etwas spät kommt. Oder kommt sie um ein halbes Jahrtausend zu früh? Die europäische Sensation um Stalins Tod war seine Prognose, die *Franz Borkenau* sechs Wochen vorher im *Rheinischen Merkur* vom 23. Januar gestellt hatte und die posthum von mehreren Zeitschriften nicht als bloße Kuriosität übernommen wurde. Denn heute steht ja nun fest, daß dieser Tod, ob fahrlässig oder wissentlich herbeigeführt, einen Kurswechsel bedeutet, wie die entsprechenden Tode zaristischer Vorgänger Stalins, und daß daher die Analyse der unverkennbaren *Krise in Rußland* an den ärztlichen Verhältnissen, die in der bolschewistischen Welt schon so viele Tode bewirkt oder verschleiert haben, nicht vorbeigehen kann.

Diese Frage wird mit der Gründlichkeit und Sachkenntnis, die Borkenau zu einem erfolgreichen „Gegenspieler“ macht (wenn man ein öffentliches und dokumentiertes Wirken so bezeichnen darf), in *Commentary* (5) unter dem Titel *Steckte Malenkow hinter der antisemitischen Verschwörung?* beantwortet. *Commentary* ist eine vom *American Jewish Committee* herausgegebene Monatsschrift, die nicht bloß jüdische Themen behandelt und nicht bloß jüdische Mitarbeiter hat. Borkenaus Darstellung führt uns in die grotesken und düsteren Intrigen ein, die nur in einem barbarischen Diktaturstaat möglich sind. Malenkows Kampf gegen *Schdanow* endigte mit dessen Tod und dem seiner Anhänger und Strohmannen in den Satellitenstaaten und begann bereits 1948 in Form einer antisemitischen Kampagne, die erfolgreich gegen General Antonow, Stabschef der Roten Armee, gegen jüdische Schriftsteller und jüdische Kulturinstitutionen geführt wurde. Dieser Kampf richtete sich gegen die Juden, die *Schdanow* in großer Zahl zu seinen Vertrauensleuten machte und die nach seinem Tode beseitigt wurden (*Slanskygruppen*). Aber was wollte Malenkow nach dem Tode *Schdanows* damit erreichen? Nach Ansicht Borkenaus wollte er die *Armee* und das Offizierskorps auf seine Seite bringen. Dieses ist im wesentlichen russisch, während die Armeekontrolle der GPU, NKWD, MGB von Angehörigen der Minoritätenvölker ausgeübt wurde, von Letten, Polen, Juden, Kaukasiern;

In Rußland ist die *Armee* im Prinzip auf Seiten der Parteilosen, die Geheimpolizei aber auf Seiten der Partei. Stalin hatte immer dafür gesorgt, daß die Kontrolle der *Armee* von Angehörigen der Minoritätenvölker ausgeübt wurde; er machte sich auf diese Weise die Gruppenressentiments beider Seiten zunutze und verhinderte eine Kooperation. Das Haupt der Armeekontrolle war *Leo S. Mechlis*, ein Jude, der nach der amtlichen Bekanntgabe der Ärzte-„Verschwörung“ plötzlich „starb“ und ein Staatsbegräbnis erhielt. Das war ein Triumph der *Armee*, denn *Mechlis* hatte im Auftrag Stalins das Offizierskorps 1936 dezimiert, und man verstand in der *Armee* seinen Tod als Sieg des antisemitischen Flügels der Partei, als ein Angebot Malenkows, mit ihm zusammenzugehen. Die jüdischen Ärzte wurden denn auch beschuldigt, General *Scherbakow* ermordet zu haben, der 1945, drei Tage nach dem Siege, plötzlich „starb“ und in dem die *Armee* einen Gegenspieler des Kremls zu besitzen glaubte. Das war alles Wasser auf die Mühle des Offizierskorps und im Grunde ein Anschlag gegen die Parteiprematurität. In Rußland ist ferner eine starke Strömung in der herrschenden Managerklasse zu bemerken, die eher mit der *Armee* als mit der Partei sympathisiert und die Malenkow offenbar auch auf seine Seite ziehen wollte.

Das ist auch die Ansicht von *Victor Fay* in einem Artikel *Les Hommes Nouveaux de l'U.R.S.S.* im ersten Heft der neuen Vierteljahrszeitschrift *La Tribune des Peuples*, die französische und englische Linksozialisten zusammen in Paris als Diskussionsorgan herausgeben. Er schreibt „War der Antisemitismus der Zement, der das Bündnis Malenkows mit dem Generalstab kitten sollte? Es ist wahrscheinlich. Nationalistische und chauvinistische Tendenzen triumphieren heute in der Sowjetunion. Der Kampf gegen die Juden gehört zu den traditionellen Kampfmitteln des russischen Nationalismus.“

Im Bündnis Beria-Molotow-Chruschtschjow besitzen Malenkows Gegner eine starke Führung. Es ist wahrscheinlich, daß sie Malenkow den Friedensdonner entwunden haben, um mit ihm für sich selbst Reklame zu machen. Mit großer Wahrscheinlichkeit nimmt Borkenau an, daß die Kremlärzte Gottwald nach Prag begleiteten, um ihn dort zu töten. Offen bleibt bei Borkenau noch die Frage, ob nicht auch Beria Jude ist und Malenkow durch Entfesselung eines Pogromantisemitismus das Haupt Berias der *Armee* als Morgengabe seines Regimes darbringen wollte.

Die oppositionellen Strömungen in der *Managerklasse* gehören zu der Analyse von Stalins offiziellem Testament, seiner Schrift für den Parteikongreß *Die Wirtschaftsprobleme des Sozialismus in der UdSSR*. Zwei gute Studien liegen vor. Eine von *Richard Löwenthal* in *Preuves* (26) und eine etwas einseitig pointierte von *Johannes Lanz* in dem Sonderheft von *Ost-Europa* (2) *Vor und nach Stalins Tod*. Beide Autoren heben als die eigentliche Überraschung der Schrift hervor, daß Stalin die Bedeutung, die er in den Briefen über die Sprache dem ideologischen Oberbau, der Revolution von oben, gegeben hat, jetzt so stark einschränkt, daß man von einem Widerruf sprechen kann; denn entscheidend sind für ihn nun wieder die objektiven Gegebenheiten der Ökonomie. Über sie kann sich die Wirtschaftsführung nicht hinwegsetzen. Heißt das nicht den Managern recht gegen die Parteiideologen geben?

Löwenthal gibt der Revolution von oben aber eine irreführende Akzentuierung. Bolschewismus ist immer eine von oben, von einem Politbureau geleitete politische Aktion. Für Marx kommt die politische Bewegung von unten: aus der Ökonomie und aus den Klassen. Stalins Testament nähert sich wieder dem Marxismus, den der Bolschewismus usurpiert und prostituiert hat. Ganz richtig bezeichnet Löwenthal den theoretischen Teil der Schrift als eine dürftige Paraphrasierung von Marx und Engels. Leninismus und Stalinismus sind, ungeachtet erheblicher qualitativer Unterschiede, immer nur eine oberflächliche Klitterung.

nung von Thesen, Einzelsätzen und herausgerissenen Zitaten zur Vortäuschung eines eigenen Systems. Real stand vor Lenin und Trotzky 1917 nichts als das Vorbild des preußischen Kriegssozialismus. Folgerichtig sieht auch Stalin in mehr, nicht in weniger Bureauherrschaft die Vollendung „seines“ Sozialismus. Schematisch denkend kommt er von der formalen Frage des Warencharakters der Produktion nicht los, deren Ende eintreten soll, wenn ein zentraler Organismus den Austausch von Industrie- und Landwirtschaftsprodukten vornehmen werde. Mit solchen Zukunftsphantasien, freilich originelleren, beschäftigte sich einst der vormarxistische Utopismus. Löwenthal wirft der Stalinschen Konzeption nicht ihre Irrealität, sondern ihre Unnatur vor; aber gerade das steht, wie er sicher weiß, bei Marx in der Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie. Zumutungen an die Wirtschaft, bevor diese die materiellen Bedingungen ihrer Lösung geschaffen hat, können immer nur gewaltsam verwirklicht werden. Das ist der Schlüssel zu den Terrormethoden der bolschewistischen Diktatur.

Eine andere Frage ist es, ob wirklich Stalin, wie Löwenthal annimmt, den *Determinismus* des Marxismus zu einem *Finalismus* „deformiert“ habe. Doch geht das über den Rahmen einer Chronik hinaus, nur kurz sei erwidert, daß auch schon der *Blochsche* Revisionismus in der Stellung großer Aufgaben ein teleologisches Prinzip eingeführt hat, das dem Marxismus keineswegs fremd war, denn Marx ist immer mehr als Determinist.

Beide Analysen lassen in der letzten Wendung Stalins, in der Proklamierung der „objektiven Gegebenheiten“, die Gründe zum Sturz von *Nikolaj A. Wosnessenski*, einst jüngstes Mitglied des Politbureaus, erkennen. Neues Licht darüber findet man im erwähnten inhaltsreichen Sonderheft von *Ost-Europa*. Wosnessenski war ein Wortführer der subjektiv gestaltbaren sozialistischen Wirtschaft, der Staatsallmacht, als des Hauptwerkzeugs bei der Schaffung der wirtschaftlichen Basis des Sozialismus. Da nach Stalins letzter Schrift die „Prozesse des ökonomischen Lebens . . . unabhängig von unserem Willen“ sind, weiß man, warum Wosnessenski beseitigt wurde; er lehrte, was in der *Prawda* noch 1950 gepredigt wurde.

Sinn und Form (2), die einzige geistig bemerkenswerte Zeitschrift des deutschen Bolschewismus, veröffentlicht Worte von Mitgliedern der literarischen Sektion der Akademie zum Tode Stalins. Bedenklich wenig kommt da aus echter Ergriffenheit; das meiste ist Phrase. Becher sieht Stalins Geist im Kölner Dom, er wird eine Naturgottheit, „und durch den Schwarzwald wandert seine Güte, / Und winkt zu sich heran ein scheues Reh“, was wir schon einmal auf einer Ansichtskarte aus Berchtes-

gaden mit einem anderen Schnauz gesehen haben. Stephan Hermlin, schon in seinen surrealistischen Imitationen ein eifriger Anpasser, gibt Stalin Christuszüge. Peter Huchel zeigt in vier ordentlichen Prosazeilen, daß ein guter Parteigenosse bei diesem Anlaß in den Grenzen des Geschmacks bleiben kann. Ludwig Renn spricht von „Tausenden von Jahren“; das ist wieder Goebbels; Anna Seghers, der die antisemitische Kampagne recht nahe kam, währt den Intelligenzstil der Edel-Literatrin; Arnold Zweig, fast als Zionist liquidiert, atmet auf und spricht etwas von Gegner und Widerstand. Die Niederlage Malenkows hat ihm zunächst sein armes Leben gerettet. Verdammst schnell ist eine neue Epoche angebrochen, und die Berühmung des Gottes ist dem nächsten Jahrtausend anheimgestellt.

Der Sprachfrieden in der Schweiz

Es ist wohl vor allem der deutsch-französische und der deutsch-slawische Sprachgegensatz, der ausländischen Besuchern der Schweiz das völlig ungetrübte Zusammenleben von vier Staatssprachen zu einem Friedenserlebnis macht. Nicht nur Gegensätze, auch Harmonien haben ihre Geschichte, und so auch die ungetrübte Koexistenz mehrerer Sprachen und dutzender Mundarten in der Schweiz. Eine kalendarische Erinnerung gibt Anlaß, davon zu reden. In der Schweiz ist 1953 ein Jahr, in dem viel gefeiert wird. Denn vor 150 Jahren wurden sechs eidgenössische „Orte“ zu souveränen Kantonen, nämlich die deutschsprachigen St. Gallen, Aargau, Thurgau; der Französisch sprechende Waadt; der Italienisch sprechende Tessin; das romansche Graubünden. Die sprachlichen Verschiedenheiten spielten aber schon 1803 nicht die winzigste Rolle, daher wird nur die politische Gleichberechtigung zwischen den alten und neuen Orten, und nichts sonst gefeiert. Gleichzeitig begehrt aber die Schweiz auch den 600-jährigen Bestand des *Ewigen Bundes Berns* mit den aus Schillers Teil so bekannten Waldstätten, in dem die künftige Schweiz im Kern enthalten war. Die Bedeutung des Vertrages wird von Alt-Bundesrat *Eduard von Steiger* in der *Neuen Schweizer Rundschau* (11) und von *Professor Hans Georg Wirz* in den *Schweizer Monatsheften* (12) dargestellt. Die Schweizer Geschichte ist in Deutschland reichlich unbekannt, man weiß so wenig von den ewigen Kriegen, die hier Nachbarn gegeneinander führten, wie von den Ewigen Bündnissen, in denen schließlich der Nenner der gemeinsamen überkonfessionellen Interessen obsiegte. Nur gerade Sprachkriege, Sprachunterdrückungen hat es nie gegeben. Der Ewige Bund Berns mit den Waldstätten wird nun dadurch zu einem Symbol Europas, als Bern mit ihm der deutschsprachigen Innenschweiz eine Französisch sprechende Bevölkerung brachte und außerdem seine zuerst

kriegerische, dann friedliche *Westorientierung*. Durch Bern wandte die Schweiz einen erheblichen Teil ihrer Interessen Frankreich zu, und ohne Bern wären später die anderen Orte französischer Sprache in der Eidgenossenschaft isoliert geblieben.

Mit dieser Feststellung ist die Frage des Desinteresses der deutschen Orte an dem Zuwachs französischer noch nicht beantwortet. Als Bern mit den drei Waldstätten diesen Bundesbrief besiegelte, wurden Luzern und Zürich nicht erwähnt, aber sie standen im Hintergrund dieses politischen Paktes. Einzeln wären sie alle den burgundischen, habsburgischen, süddeutschen Fürsten erlegen. Da hätte ihnen das Phantom einer Spracheinheit nichts genützt. Von Anfang an bestand ein, wie man heute anachronistisch sagt, gesamtschweizerisches Interesse, keinen Eidgenossen, bei Gefahr des eigenen Untergangs, im Stich zu lassen. Schließlich kamen noch zwei Voraussetzungen dazu: Es gab und gibt keine einheitliche, gemeinsame Sprache. Die Differenzierung der Mundarten obsiegte über dem Papierideal einer gleichen Schriftsprache. Diese Sprachuninteressiertheit ist bestes Mittelalter, und so wie die Plebiszite, über die *Ernst von Schenck* in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* (2) berichtet hat, ist auch die Sprachtoleranz ein schönes Erbe des Mittelalters. Das neuzeitliche Unglück der Sprachkonkurrenz blieb der Schweiz erspart, und das ist es, was heute als Sechshundertjahrfeier europäisches Interesse verdient.

Kurze Chronik

Zu den kleineren sozialistischen Zeitschriften, die in einem bestimmten Wirkungskreis ein wertvolles Erziehungswerk anstreben, gehört *der neue bund*, der mit dem Untertitel Monatschrift für freiheitlichen Sozialismus in Zürich im 19. Jahrgang erscheint. *Dr. Eugen Steinemann*, der Vorsteher des Schweizerischen Sozial-Archivs, stellt die Einzelhefte unter je ein Thema. Über den vier Heften 1953 lesen wir: Sind wir Demokraten? — Zellen einer neuen Welt — Sozialistische Mißwirtschaft? — Soziale Marktwirtschaft? Aussprachen im kleineren Kreis vertiefen das Interesse der Lesergemeinde an den Problemen. Eine bemerkenswerte Literaturübersicht „Sozialismus und Freiheit“ des Herausgebers charakterisierte prägnant die wichtigsten Bücher der letzten 20 Jahre. — Bei der letzten Zitierung der Westberliner Diskussionsblätter für demokratischen Sozialismus *pro und contra* gebrauchte ich das Attribut trozkystisch. Der Herausgeber *Otto Schlömer* legt auf eine Berichtigung Wert. Beiträge trozkystischer Richtung erscheinen gemäß dem Diskussionscharakter der Zeitschrift, die aber weder auf diese noch auf eine andere Anschauung der Mitarbeiter festgelegt zu werden wünscht.

FELIX STÖSSINGER